

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 8 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugangspreis
pro Vierteljahr 30 Pf

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräckenstraße 10b
Fernsprecher: Moßkloß 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelsche-Kontenlos

Berlin, 25. Februar 1927

Keine Erhöhung der Mieten ohne gleichzeitige Erhöhung der Löhne.

Am 16. Februar nahm der Vorstand des DGB. und der Bundesausschuß Stellung zu der angelegentlichsten Erhöhung der Mieten und der Lohnfrage überhaupt. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Während die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen die wichtigste Voraussetzung für eine Überwindung der furchtbaren Arbeitslosigkeit ist, droht die Wirtschaftspolitik der Unternehmer und der Regierung die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten noch weiter herabzudrücken. Trotz der Rationalisierung und der vermehrten Ausbeutung der Arbeitskraft zeigen gerade die Massenverbrauchsgegenstände der Industrie keine oder eine ganz geringe Preislenkung, die den Gewinnen der Unternehmungen auch nicht entfernt entspricht. Statt dessen steigen die Lebensmittelpreise. Hinzu droht eine erhebliche Steigerung der Wohnmieten zu treten.“

Das von den großen Wirtschaftsverbänden der Unternehmer unterstützte Drängen der Hausbesitzer nach beschleunigter Erhöhung der Wohnmieten soll schon vom 1. April ab zu einer weiteren Mieterhöhung um 20 Proz. führen. Die Gewerkschaften haben vor diesem volkswirtschaftlich unberechtigten und gefährlichen Schritt eindringlich gewarnt. Sie müssen unter Hinweis auf die von ihnen veröffentlichten Richtlinien für den Wohnungsbau diese Warnung in letzter Stunde wiederholen.

Sollte entgegen allen volkswirtschaftlichen Ermahnungen trotzdem die letzte Mehrheit des Reichstags die angelegentlichsten Mieterhöhungen beschließen, so fordert der Bundesausschuß des DGB.:

„Die Miete der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden.“

Alle eintretenden Mieterhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohnerhöhungen ausgeglichen werden. Insbesondere sind in allen Lohnvereinbarungen bindende Klauseln vorzusehen, wonach alle im Laufe der Vertragsperiode eintretenden Mieterhöhungen automatisch durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden.

Darüber hinaus muß aber zur Befreiung der allgemeinen Notlage der Arbeiterklasse, zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen und zur Überwindung der chronischen Arbeitslosigkeit mit größter Beschleunigung das Lohnniveau systematisch erheblich gehoben werden.“

Der günstige Stand der deutschen Volkswirtschaft rechtfertigt diese Forderung.

Von den amtlichen Schlichtungsorganen, die an der Lohnfestsetzung mitwirken, muß gefordert werden, daß sie in ihren Schlichtungsentscheidungen die Mieterhöhungen ausgleichen, sondern durch darüber hinausgehende Lohnerhöhungen den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen.“

In dieser Entscheidung kommt bereits zum Ausdruck, daß man die angelegentlichste Erhöhung der Mieten als ziemlich sicher kommend betrachtet. Die Bauwelt macht diese Forderung zur Bedingung der Wiederbelebung der Bautätigkeit, weil das Bauen sonst nicht rentabel sei.

Nun wird die Forderung erhoben: für jede Steigerung der Mieten entsprechende Lohnerhöhung. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Unternehmer im Jahre 1926 besonders gute Gewinne erzielt haben. Trotzdem sind die Löhne und Gehälter nicht nennenswert gestiegen. Ob von diesem Reichstag Maßnahmen zu erwarten sind, die eine Erhöhung der Löhne bewirken, ist mehr als fraglich, erscheint vielmehr gänzlich ausgeschlossen zu sein. Daraus ergibt sich, daß eine Erhöhung der Mieten automatisch wirtschaftliche Kämpfe auslösen muß, denn gutwillig erhöhen die Unternehmer die Löhne nicht.

Es hat deshalb keinen Zweck, sich trügerischen Illusionen hinzugeben, sondern es gilt, dem kommenden katastrophal entgegenzutreten und sich betätigen auf die unvermeidlichen Kämpfe einzustellen und vor-

zubereiten, soweit das überhaupt unter den gegebenen Umständen möglich ist.

Es ist damit zu rechnen, daß im Reichstag das Zentrum seine Rechtschwenkung vollständig macht und ohne Rücksicht auf die christlichen Arbeiter die Politik der Unterdrückung der unteren Volksklassen mitmacht, wie sie bereits in den letzten Jahren vorbereitet und betrieben wurde. Das würde Treiben der ganz radikalen Presse, die zu Volksaufläufen treibt und heizt, kann unter diesen Umständen leicht zu verhängnisvollen Folgen führen. Denn Niemand kennt kein Gebot, und die zur Verzweiflung getriebenen Menschen sind nicht mehr Herr ihrer Handlungen.

Es gilt, wie gesagt, die volle Kaltblütigkeit zu bewahren und sich nicht zu unüberlegten Handlungen verleiten zu lassen, die nur zu gern dazu ausgenützt würden, um der Arbeiter- und speziell der Gewerkschaftsfrage tödliche Wunden zu schlagen.

Auch in dieser Situation müssen wir das Vertrauen in die Führung der Gewerkschaften haben, daß sie zur rechten Zeit die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen wissen, die notwendig sind, um die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen.

Die Gewerkschaftsspitzen zur Kartell- und Monopoltage.

Die sechs großen deutschen Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter und Angestellten haben an die Reichsregierung, den Reichstag und Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, in welcher zur obengenannten Frage Stellung genommen wird. Diese Gebilde, so wird ausgeführt, nehmen ständig an Ausdehnung und Bedeutung zu, ohne daß die Gesetzgebung gegen die schädlichen Wirkungen dieser Organisationen einen Schutz bietet. Die schleunigste Ausgestaltung der Gesetze sei daher dringend geboten.

Zur Sicherung der Interessen der Gesamtwirtschaft fordern die Verbände eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung. In die Geschäftsleitung dieser Kartelle usw. müssen Vertreter der Arbeiter aufgenommen werden mit denselben Rechten wie alle anderen an der Geschäftsleitung Beteiligten.

Es sei notwendig, ein Kontrollamt zu errichten für Kartelle und sonstige Unternehmungen, die nach Art und Größe einen wesentlichen Einfluß auf den Wirtschaftsmarkt ausüben können. Dieses soll dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert sein, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeiter und Unternehmer. Die Aufgaben des Kontrollamtes werden dann näher bezeichnet, vor allem die Führung eines öffentlichen Registers über alle Unternehmungen genannter Art, ihre Satzungen und Beschlüsse.

Das Kontrollamt soll Untersuchungen vornehmen können über die Preispolitik dieser Unternehmungen mit dem Rechte eines Untersuchungsrichters, Vorlegung aller Akten und Bücher der am Kartell beteiligten Unternehmungen zu verlangen und die Ergebnisse der Untersuchung selbständig zu veröffentlichen.

Das bisherige Einspruchsrecht des Reichswirtschaftsministers soll auf dieses Kontrollamt übergehen.

Wenn ein Vergehen gegen die Gesamtwirtschaft festgestellt ist, kann das Kontrollamt anordnen, daß Vereinbarungen und Beschlüsse aufgehoben oder abgeändert werden müssen. Das Kontrollamt hat die Pflicht, regelmäßig Bericht zu erstatten an den Reichstag und den Reichswirtschaftsrat.

Auch eine Kontrolle internationaler Kartelle, Trusts und anderer monopolartiger Unternehmungsorganisationen soll organisiert werden unter Zuhilfenahme des Völkerbundes.

Außer vorstehender Eingabe haben die Spitzenverbände noch eine zweite Eingabe an den Preussischen Landtag eingereicht. Diese betrifft den

Ausbau der Gewerbe- und Handelsaufsicht.

Es wird darauf verwiesen, daß die komplizierten und vielfältigen Aufgaben, die das genannte Gebiet umfassen, von den Polizeibehörden, die nach § 139b die Aufsicht haben, nicht gelöst werden können, weil es an den erforderlichen Kräften fehlt.

Es wird deshalb verlangt, daß die Stellen für den mittleren Gewerbeaufsichtsdienst vermehrt werden. Diese sollen besetzt werden mit Angestellten und Arbeitern, die mit dem praktischen Arbeitsleben ausreichend vertraut sind.

Gleichzeitig wird auch verlangt, daß die jetzt völlig unzulängliche Besoldung dieser mittleren Aufsichtsbeamten entsprechend aufgebessert wird — Gruppe 7, wie es den an sie gestellten hohen Anforderungen besser entspricht.

Ferner wird der Landtag ersucht, eine ausreichende Zahl von Stellen für Gewerbeinspektoren und Handelsinspektoren nach Gruppe 8 zu schaffen.

Wie weit die Kartell- und Konzernbildung bereits vorgeschritten ist, um auf die erstere Eingabe zurückzukommen, geht aus einer jüngst vom Reichswirtschaftsministerium veröffentlichten Denkschrift hervor. Ende des Jahres 1926 gab es von 12.392 Aktiengesellschaften 1987, die in Konzernen zusammengeschlossen waren. Diese Konzerne, die etwa ein Sechstel aller Aktiengesellschaften bilden, beherrschen und kontrollieren aber schon 70 Proz. des nominalen Kapitals dieser gesamten Aktiengesellschaften. Von etwa 20 Milliarden Mark 13.242 Milliarden Mark. Daneben ist der verbleibende Rest von kaum 30 Proz. wirtschaftlich und politisch doch ziemlich einflußlos. Man darf also ruhig sagen, die großen Konzerne und Kartelle beherrschen heute schon das gesamte Wirtschaftsleben unseres Volkes. Und wer die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik begriffen hat, dem ist auch klar, daß der Einfluß dieses Kapitals auf die Regierungszusammensetzung und ihre Handlungen kein geringer sein kann.

Denken wir weiter über diese Tatsache nach, dann finden wir, daß gegen diese Macht kein blindes Anstürmen nützlich kann. Der Machtapparat in Wirtschaft und Politik ist zurzeit derart beschaffen, daß sich mit Protesten und Nebenarten dagegen nichts ausrichten läßt.

Es ist nun die Frage: Wohin steuert die Entwicklung? Kann unser Volk und mit ihm alle anderen Kulturvölker das ertragen, ohne daß die Führer dieser kapitalistischen Konzentration das Allgemeininteresse als Zweck und Ziel dieses Strebens anerkennen und nur die Dividenden maßgebend sein lassen?

Die bürgerliche Wissenschaft und Moral behauptet und verteidigt das letztere.

Nachdem nunmehr die maßgebenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten die Frage ins Rollen gebracht haben, muß sich ja auch endlich erweisen, wie es damit steht.

Die Berliner „rote Fahne“ verspottet die Gewerkschafts- und Angestelltenverbände ob dieser Eingabe, die nur eine Wahrung des Unternehmertums im kapitalistischen Imperialismus sähe und in den Monopolen nur einen Auswuchs der kapitalistischen Wirtschaft, den man abschneiden könne, ohne ihr wehzutun. Das ist natürlich nur eine böswillige, demagogische Verdrängung; es hat keinen Sinn, dieses zu widerlegen. Die Gewerkschaften führen ja in Wirklichkeit den Kampf um ihre Rechte mit anderen Mitteln als billigen Nebenarten, die dadurch nicht wirksamer werden, wenn sie jeden Tag aufs neue wiederholt werden.

Die „rote Fahne“ vertritt den Standpunkt, daß durch ein Kontrollamt an der Vorherrschaft der Trusts und Kartelle kein Dent geändert würde, und auch nicht dadurch, daß Arbeiter in kapitalistischen Aktiengesellschaften Direktoren werden.

Die Kontrolle der Produktion sehe die entschuldigungslose Enteignung und Verstaatlichung des Trustkapitals voraus und die Weiterführung dieser Unternehmungen unter der Herrschaft einer Arbeiter- und Bauernregierung. Das sind beim gegenwärtigen Stand der Dinge billige Nebenarten, mit welchen wir erst recht nicht weiterkommen. Geht den Fall, die Regierung und der Reichstag lehnen die Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften rundweg ab, was sehr wahrscheinlich ist. Dann wird diese Tatsache immerhin bewirken, daß breite Schichten unseres Volkes immer mehr begreifen lernen, daß sie sich auf die Seite der Gewerkschaften schlagen müssen. Der Mittelstand wird mehr und mehr proletarianisiert. Das kann nicht ohne Rückwirkung auf diejenigen selbst, die bisher den reaktionären Parteien gefolgt sind. Die Revolutionierung der Welt wird also in stärkeren Fluß gebracht, und die Voraussetzungen zur Umformung der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische vermehren sich. Agitation und Propaganda werden diesen Entwicklungsprozeß unterstützen und beschleunigen helfen.

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die gibt es ja nicht in Rußland; dort herrschen auch nur die Interlokutellen.

Konferenz der Waggonbaubetriebe.

Am 13. Februar tagte in Frankfurt a. M. eine vom Metallarbeiterverband einberufene Zusammenkunft, an der auch die Verbände der Holzarbeiter, der Maler und Lackierer, sowie unsere Organisation teilnahmen. Die vier Verbände hatten entsprechend der Beschäftigungszahl der einzelnen Branchen Delegierte aus den Betrieben entsandt. Ferner waren vertreten: der Werkmeisterverband, der Autab und der A.F.Z.-Bund.

Ursache zur Konferenz war die in der Waggonbau-Industrie vorgenommene Konzentration, die durch die Auftragserteilung zur Herstellung neuer Waggonen für die Reichsbahn-Gesellschaft zunächst für 30 Werte zur Bildung eines Syndikats führte und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Arbeiterschaft.

Die Erhebungen, die der Metallarbeiterverband in einer kleinen Druckchrift herausgebracht hat, beweisen, daß in den Jahren nach dem Kriege bis 1923 durch gute Konjunktur begünstigt abnorme Verhältnisse Platz gegriffen hatten. Die Spekulation wuchs und eine maßlose Ueberlegung in der Waggonindustrie war die Folge. Bestanden vor dem Kriege etwa 40 Waggonbaubetriebe, so vermehrten sie sich im Jahre 1923 auf etwa einhundert. Diese Zahl ist mittlerweile auf 51 Firmen gesunken, denn neben den 30 zur „Deutschen Waggonbau-Vereinigung Berlin“ gehörigen Firmen bestehen noch 21 Firmen als Außenleiter. Also fast die Hälfte ist entweder durch Stilllegung, Konturs oder Umstellung auf andere Produktion verschwunden. Die übrig gebliebenen Firmen lachten unter sich die Beute zu teilen, die durch Aufräge der in Betracht kommenden Eisenbahndirektionen vergeben wird. Dabei ist zu beachten, daß die Aufträge vor dem Kriege etwa 80 Proz. zurzeit jedoch nur 20 bis 30 Proz. Arbeitsbedarf für die Betriebe darstellten. Die übrigen Auftragsaufträge bieten einen nur spärlichen Ertrag. Nach dem Vertrag, den die Reichsbahn-Gesellschaft mit der Deutschen Waggonbau-Vereinigung abgeschlossen hat — der trotz seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung bisher im Wortlaut nicht bekannt geworden ist — erhalten mindestens 90 Proz. ihrer laufenden Waggonaufträge die dem Verband angeschlossenen Werte.

Angesichts erwirkt die Reichsbahn durch den Vertrag, der bis 31. Dezember 1931 läuft, weitreichende Rechte, um die Verbandsfirmen zu einer Verleinerung der Löhne und Herabsetzung der Preise zu zwingen. Werte, die in ihrer Realisation mehrfach um 6 Proz. über dem Durchschnitt liegen, können von der Lieferung ausgeschlossen werden. Die restlichen 10 Proz. der Aufträge können innerhalb des Verbandes als Auftragsaufträge an besonders billig arbeitende Werte vergeben werden. Durch diesen Zwang zur Nationalisierung hilft die Reichsbahn die Konkurrenzfähigkeit der Waggonindustrie auf dem Auslandsmarkt zu erhöhen, da voraussichtlich die Betriebe in den kommenden Jahren von den Reichsbahnaufträgen allein nicht bestehen können. Die Nationalisierung, die bei Syndikatsbildungen immer zu kurz kommt, soll ferner dadurch bewahrt werden, daß die Reichsbahn-Gesellschaft nicht nur die Verteilung der Quoten an die angeschlossenen Betriebe vornimmt, sondern bestrebt ist, die Unterstellung in den verschiedenen Fabrikationsstufen zu überwachen. Bei der Zusammenfassung der Werte zu kritischen Gruppen sollen die Aufträge derart spezialisiert werden, daß viele Stände derselben Fabrikates in einem Werk hergestellt werden, um dadurch die vorhandenen Anlagen äußerst rationell auszunutzen zu können.

Die Verteilungs- oder Beteiligungsquoten sind aus nachstehender Darstellung zu ersehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Tochtergesellschaften nicht mit einberechnet sind. Ferner sollen nach den Vertragsbestimmungen noch große Werte, wie beispielsweise Krupp, mit Staatsaufträgen auf Grund früherer Umrahmungen hinzugezogen werden können; womit zum Ausdruck kommt, daß die Syndikatsliste noch nicht ganz vollständig ist.

Die 51 Betriebe beschäftigten 22.430 Arbeiter, 3710 Angestellte. Davon entfallen auf die Waggonbau-Vereinigung 58,8 Proz. der Betriebe, 77,3 Proz. Arbeiter und

Syndikatsfirma	Beteiligungsquoten
Linde-Hofmann-Landhammer, Breslau	18,95
*van der Zypen & Charlier, Köln-Deutz	7,05
Waggon- und Maschinenfabrik A.-G., vorm. W. A. Pilsch, Banneg	4,55
*Waggonfabrik Gebr. Guffel, Mainz-Wombach	3,5
*Gustav Talbot & Co., Nachen	3,38
*Waggonfabrik Steinfurt, Königsberg	2,82
Gothaer Waggonfabrik A.-G. Gotha	2,55
Dessauer Waggonfabrik A.-G., Dessau	?
Düsseldorf, Eisenbahndar, Düsseldorf	4,03
H. Fuchs, Waggonfabrik, Heidelberg	3,39
*Waggonfabrik Gottfr. Lindner, Ammendorf bei Halle	?
Siegener Eisenbahndar A.-G., Siegen	2,59
*Waggonfabrik Herdingen	?
*Waggonfabrik Wegmann & Co., Kassel	27,68
*Görlitzer Waggon- und Maschinenbau, Görlitz	?
*Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg	6,95
*Maschinenfabrik Ehlingen	4,9
Drenstein & Koppelt, A.-G., Berlin	1,43
*Eisbahneisenwerk, Werda	3,17
*Eisenbahn-Verkehrsmittel, Wismar	2,82
Gebr. Schöndorf A.-G., Düsseldorf	2,63
*Hannoversche Waggonfabrik A.-G.	2,55
*Waggonfabrik Joh. Matzger A.-G., München	2,55
*Christoph Ummack, A.-G., Neuch	1,92
*Norddeutsche Waggonfabrik, Bremen	1,7
*Waggonfabrik Kassel	1,23
*Bauchelt & Co., Grünberg	28,24
*A.-G. für Eisenbahnen, Weimar	1,10
*Erde & Co., Niederzwehren bei Kassel	1,89
*Killing & Sohn, Hagen	1,42
*Killing & Sohn, Hagen	2,86
*Killing & Sohn, Hagen	2,35

* Die Waggonfabriken sind im „Waggonbau“ m. b. H. zusammengefaßt.

78,7 Proz. Angestellte. Die Außenleiter stellen wohl 41,2 Proz. der Betriebe, jedoch nur 22,7 Proz. der Arbeiter und 23,2 Proz. der Angestellten. Die Abnahme der Werte von 1925 bis 1927 beträgt 9155 Personen gleich 34,5 Proz. Auffällig ist die große Verminderung bei Linde-Hofmann-Röin 79,1, hannoversche Waggonfabrik 76,1, Schöndorf-Düsseldorf 73,5, Gothaer Waggonfabrik 71,3 Proz. Vier Betriebe haben ihre Beteiligung erhöht, so die Firmen Beuchelt, Talbot, Castek und Erde. Bei letzterer beträgt die Beteiligungssteigerung 31,3 Proz. Die Entlohnung ist sehr verschieden und in den einzelnen Werten äußerst gering.

Berücksichtigt man die einzelnen Branchen, so sind die Holzarbeiter am stärksten vertreten, dann folgen die Sattler-, Lackierer und Sattler. In der Zeit des guten Geschäftsganges waren circa 1100—1200 Sattler und Tapezierer beschäftigt, während zurzeit circa 450 beschäftigt sind, wovon 350 nach unserer Erhebung auf die 30 Betriebe der Vereinigung fallen.

Der Referent, Kollege Busse vom Deutschen Metallarbeiterverband, betonte, daß der Zweck der Konferenz zunächst darin bestehe, eine Heberklärung über die Verhältnisse innerhalb der Betriebe, die der Vereinigung angehören, zu erhalten. Ferner sei es Aufgabe der in Betracht kommenden Organisationsstellen, alles daran zu wenden, um der Arbeit einen Abbau der zu jetzt bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten und mit allen gegebenen Mitteln zu verhindern. In der Diskussion wurde darüber getagt, daß die Betriebe durch gegenseitiges Auspielen die an und für sich meist niedrigen Preise oder Stundenzahl für einzelne Arbeiten noch mehr drücken. Dem müsse entgegengetreten und durch gegenseitiges Austausch der Stundenzahl oder des Arbeitspreises bei genauer Beschreibung der Arbeit so viel wie möglich abgehoben werden. Verwerflich ist es, wenn Betriebsräte oder Lohnkommissionen, nur um den betreffenden Auftrag für die Firma zu erhalten, zu niedrig kalkulieren und dadurch die Löhne immer tiefer drücken

und mit der Argumentation begründen, den Betrieb halten zu wollen. Mit allem Nachdruck müsse dem entgegengetreten werden. Denn auch darüber müsse Klarheit herrschen, daß auch ein Teil der bestehenden Firmen mit der Zeit bei Fortschreiten der Nationalisierung eingehen werden und sich umstellen müssen. Die technische Entwicklung strebt nach immer größerer Vollkommenheit, deshalb wird sich der Abbau der Tapfeuerung und der Normung auch im Waggonbau durchsetzen. Schon aus diesem Grunde ist die Nationalisierung nicht aufzuhalten. Unsere Aufgabe ist es, die volkswirtschaftliche Seite der Nationalisierung in den Vordergrund zu stellen und im praktischen Alltagskampf schließlich auf Kosten der Arbeiter durchgeführt wird. Ein Teil der Delegierten verwies auf die lange Arbeitszeit und fordert den Abbau derselben. Ferner wurde von einigen Rednern verlangt, einen einheitlichen Reichsstarif für die Waggonbaubetriebe zu schaffen. Dem wurde entgegengehalten, daß zurzeit der Waggonbau unter den Tarifen der Metallindustrie lale und sich folches nicht so schnell verwirklichen lasse. Als erstrebenswerteres Ziel könne nach Klärung der Verhältnisse der Reichsstarif wohl gelten.

Busse, der die wichtigsten Punkte in seinem Schlusswort nochmals unterstrich, betonte hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung, daß dies eine allgemeine Forderung sei und als selbstverständlich gelte. In der Entscheidung brauche dies nicht besonders betont zu werden. Folgende Entschlüsse sind einstimmig Annahme:

Entschlüsse:
 „Die Konferenz erklärt, daß der Zusammenschluß der maßgebenden Betriebe der Waggonbauindustrie zu einer Vereinigung von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten als begründenswert ist. Sie erhebt jedoch Einspruch gegen die Geheimhaltung des zwischen der Vereinigung und der Verwaltung der Reichsbahn abgeschlossenen Vertrages. Die besten Auswirkungen und praktische Durchführung der Lebensinteressen der Arbeiter der Waggonindustrie be-
 rühren.“

Die Absicht, die Produktionsverluste herabzubringen, ist als gerechtfertigt anzuerkennen, jedoch zeigt die bisherige Behandlung dieser Frage die Gefahr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf. Die Arbeiter lehnen es auf das Bestimmteste ab, eine Umstellung auf Kosten ihrer Löhne und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen zu lassen.

Die Konferenz macht den Betriebsräten der Werte zur Pflicht, das Organisationsverhältnis zu bessern, um den im Hintergrunde drohenden Gefahren der Senkung der Verdienste entgegenzuwirken.

Die Organisationsstellungen werden beauftragt, mit der Waggonbau-Vereinigung in Verhandlungen zu treten, um Sicherungen gegen Verschlechterungen zu schaffen und Verbesserungen herbeizuführen. Die Betriebsräte verpflichten sich, das hierfür erforderliche Material auf Anforderung der Organisationsstellungen zu beschaffen und der zu bildenden Kommission zur Verfügung zu stellen.

Die Schaffung einheitlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen soll nicht aus dem Auge gelassen werden, doch anerkennt die Konferenz die Unmöglichkeit, diese Absichten jetzt schon zu verwirklichen.

Des weitern nahm die Konferenz Stellung zur Wahl einer Kommission, die aus sechs Vertretern des Metallarbeiterverbandes, zwei Vertretern des Holzarbeiterverbandes und je einem Vertreter des Malerverbandes und des Sattler- und Tapeziererverbandes bestehen soll, und stimmte dem zu. Hierauf war Schluß der von großer Sachlichkeit getragenen Tagung. — f. g. —

Internationale Konferenz der Vereinigung der Gerber.

In München tagten am 11. und 12. Februar d. J. Vertreter der Gerberorganisationen von Belgien, Deutschland, England, Italien, Österreich, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Vertreter erklären, daß sie grundsätzlich für einen freien und unbehinderten Verkehr

Bestallotz wurde am 17. Februar 1746 in Jülich als Sohn eines Chirurgen geboren. Er hatte zunächst Theologie studiert und wurde dann durch Rousseaus Schriften dazu begeistert, ein Reformator des Volkserziehungs zu werden. Seine Studien gab er auf, bevor noch das Schul-Examen gemacht war, und wurde zunächst Landwirt und Erziehung eine bessere Kultur errichten könne. Dieser Unternehmung schlug indes fest, worauf sich Pestalozzi durch pädagogische Schriften einen Namen machte, um welchen rühmt wurde, die 1781 erliefen. Man hat Pestalozzi mit gleichem Ansehen trägt seinen Namen, der nie in Vergessenheit geraten wird.



Die Früchte.

Ein großer Teil war ungeroren; die Früchte, in der Tiefe verloren, durften nicht fernere Quoten noch bringen, versprochen sich aber, im halben Traum, fanden sie nur da oben Raum, wie Nachtigallen wollen sie singen. Der Traum ist am, das Eis zerbrach, nun ruderten sie und landeten Holz und lohnen am Ufer weit und breit und quaten wie vor alter Zeit.

Ein gutes Buch bringt Freude die ins Haus!

viel Geld vergeblich du mit leichtem Sinn, wenn es Genuß gibt, die schnell verweht ein gutes Buch bringt dauernd die Gewinn: Ich nicht da stets und immer neu ersehen, Zeilebens launich du es zur Freude haben, und auch viele deiner Freunde können sich daran erlaben!



Zur Erinnerung an Heinrich Pestalozzi, den großen Jugenderzieher.

Am 17. Februar waren 100 Jahre vergangen seit dem Tode dieses großen Menschenfreundes. Im Ranton Unterwalden in der Schweiz herrschte infolge der Kriegswirren große Not und viele Kinder waren heimatlos. Mit Hilfe der Regierung wurde ein Waisenhaus errichtet und Pestalozzi wurde den Kindern, die ihm vermählt, gerührt und halbverhungert übergeben wurden. Mütter, Lehrer, der ihnen Vater und Mutter ersetzte. Die Kinder dankten es ihm durch große Liebe und Anhänglichkeit und wurden ordentliche Menschen. Doch bald kamen die Franzosen und machten dem menschenfreundlichen Werte ein Ende.

Im Jahre 1805 hat er dann in Yverdon am See von Neuenburg eine Erziehungsanstalt gegründet, die sehr bald einen fröhlichen Aufschwung nahm und eine pädagogische Musteranstalt geworden ist, deren Ruhm durch die ganze Kulturwelt leuchtet.

Das Pestalozzische Erziehungssystem gründet sich besonders auf die Notwendigkeit, durch Anschaulichkeit zu

lehren und zu erleben. Unser Anschaulichkeit ist zu verstehen, kein Schüler der Jägling einen Begriff von einer Sache-belugungen, indem durch Wortbild und gutes Beispiel zur Nachahmung angeregt wird. So soll Pestalozzi zuerst mit den Kindern zusammen gelebt und nachts im gleichen Raum mit ihnen geschlafen haben. Das war der Schlüssel zum Studium der psychologischen Eigenschaften der Kinder, zur Erforschung ihrer Seele und Veranlagung und zur Ausbildung ihrer Fähigkeiten. Erst in unserer Zeit hat sich diese Erkenntnis von der Notwendigkeit und Möglichkeit der psychologischen Erziehungsmethoden einigermaßen durchgesetzt. In zweiter Linie muß dem Erzieher Alter und geistige Fähigkeit und die jeweilig gegebene Entwicklungsstufe des Jäglings berücksichtigt werden ohne unnatürliche Anwendung von Zwangsmitteln. Er muß vielmehr individuell behandelt werden nach seinem geistigen Verstandnis und besonderer Eigenart. Wir sind leider heutzutage im Erziehungsweisen noch lange nicht überall so reif, um diese Grundzüge überall durchzuführen zu sehen. Des weitern sagt Pestalozzi, daß die Begriffe: Wort, Form und Zahl die Grundelemente aller Geistesbildung sind. Ihnen sind daher alle Lehrfächer einzuordnen.

Für seine Zeit war der Erzieher Pestalozzi ein Pionier und Bahnbrecher, dessen Grundzüge sich erst zu einem Teil in unserer Zeit verwirklicht haben. In seiner Erziehungsanstalt in Yverdon wurden nicht nur Schüler, sondern auch in Italien Spanien und Russland unterrichtet haben. Die Erlöse sollten aber auch an Pestalozzi nicht ganz wirkungslos geblieben sein, denn die Früchte der Unternehmung dessen, was bereits anderwärts im Hinblick auf Unterricht und Erziehung gelehrt wurde. Auch folgte die Anstalt später mehr den höheren Ständen zum Vorteil gereicht haben, während das niedere Volk allmählich zurückgelehrt wurde.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Gleich wie Blätter im Walde, so sind die Geschlechter der Menschen:
Blätter verweht zur Erde der Wind an, andere treibt dann wieder der knospende Wind, wann neu auflebet der Frühling:
So der Menschen Geschlecht, dies wächst und jenes verwindet.
Homer.

sehen. Man kann viele junge Frauen beobachten, die Hunde aller Art als Begleiter und Gesellschaft der Kinder vorziehen und lieber ihre Leibesfrucht vernichten, als sich mit der Erziehung von Kindern zu befassen.

Eine Betrachtung dieser Erscheinung unserer Zeit offenbart uns Abgründe von entsetzlicher Kaltblütigkeit und Herzlosigkeit.

Fragen wir aber zuerst, wie kommt das, und warum geschieht das, dann erkennen wir auch sofort, daß es nur die heutigen Zustände sind, welche die Menschen zu solchen widernatürlichen Handlungen veranlassen. Die Menschen, die von mittellosen Eltern in die Welt gesetzt werden, sind meist in einer recht ählichen Lage, und noch immer sind es überwiegend die ärmeren Volksteile, die dafür sorgen, daß die Menschen sich nicht zu knapp vermehren.

In den oberen Bevölkerungsklassen hat man längst Mittel und Wege gefunden, die Kinderzahl nach Wunsch und Willen zu beschränken, ohne mit dem § 218, welcher jene, die teures Leben vernichten, mit einer Strafe bis zu fünf Jahren Zuchthaus bedroht, in Konflikt zu geraten.

In den unermittelten Volksschichten fehlen meist die Kenntnisse und die Mittel, sich vor den Folgen der natürlichen Triebe zu bewahren. Die moderne Wissenschaft hat dieser großen sozial- und bevölkerungspolitischen Frage zwar schon viel Aufmerksamkeit zugewandt, doch der Geschlechtsfrage nach nicht den Willen aufgebracht, dieser brennenden Frage regelnäher zu treten im Sinne der Zeitforderungen.

Bekannt ist, in welchen Ausmaßen sich die Völker bei ungesundem Wachstum vermehren. Man braucht nur an Japan und China zu erinnern, die an Menschenüberfluth leiden und gezwungen sind, anderen Völkern für Hungerlöhne niedrige Dienste zu leisten.

Und ist es in Deutschland dies besser? Immer schärfer werden die Kämpfe, um das bürgerliche Leben notdürftig fristen zu können, und je verschärfter sich weiter, ohne daß eine Besserung zu erwarten ist.

Da muß die Frage ernstlich erwogen werden, darf die moderne Menschheit sich ungehemmt so weiter entwickeln? Oder müssen nicht im Interesse des Geschlechts die Wissenschaft und der Geschlechtslehre vorübergehende Mittel ergreifen, die eine Degeneration verhindern? Denn eine Degeneration der Völker ist unvermeidlich, wo Millionen arbeitslos und unterernährt im Glanz vegetieren, körperlich und geistig verkümmern.

Es ist an der Zeit, das weibliche Geschlecht mit den erforderlichen Kenntnissen auszurüsten, damit es nicht unerschrocken den Gefahren gegenübersteht, die es mit

der beginnenden Reife, dem Eintritt der Pubertät, erwarten. Im allgemeinen gilt es im heutigen Staats- und Gesellschaftsleben noch immer als Sitte, die Jugend so lange wie möglich über die wichtigsten Funktionen des menschlichen Körpers in Unklarheit zu lassen. Gerade beim weiblichen Geschlecht hat sich das furchtbar gerächt. Man schätzt, daß in Deutschland jährlich mehr denn eine halbe Million Abtreibungen erfolgen. Die Eingriffe im vorgeschrittenen Zustande der Empfängnis haben meist lebenslanges Kranksein der Frauen zur Folge. Und gerade in den Ländern, wo die Anwendung klinisch vorbeugender Mittel und die Aufklärung der Frauen über die Empfängnis gebräuchlich ist, sind die besten Erfahrungen zu verzeichnen betreffs allgemeiner Serblichkeit und insbesondere der Kindersterblichkeit. Es ist so leicht erklärlich, daß wenn Frauen, die durch Eingriffe geschwächt wurden, noch Kinder zur Welt bringen, diese auch meist irgendein Defekt sind.

Es wird freilich eine harte Arbeit sein, die Menschen zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie erst dann Kinder in die Welt setzen sollen, wenn sie ihnen Lebensmöglichkeit sichern können.

Es besteht kein Zweifel: die Ausbeuter und Reaktionsäre, die sich als die Schützer der heillosen Götter der Menschheit gebärden, werden sich dafür einsetzen, daß der Natur keine Schranken gesetzt werden dürfen.

Dafür sind sie aber um so eher dafür zu haben, daß in einem frischfröhlichen Krieg die Völker erneut aufeinandergebeht werden, um sich millionenweise zu vernichten. Durch Kanonen, Maschinengewehre und Giftgas darf nach deren Moralbegriffen die natürliche Entwicklung jedweder gehemmt werden.

Ein wenig Nachdenken kann auch den Laien zu der Ueberzeugung bringen, daß auch hier der bekannte Satz Geltung erlangen muß: Vorbeugen ist besser als Kranke heilen. Und so hoffen wir, daß die Menschheit in nicht allzuferner Zeit dahin gelangt, rechtzeitig vorbeugende Mittel in Anwendung zu bringen, die späteres Unheil verhüten.

Die Frau als Erzieher der Jugend.

Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben, sagt Schiller, aber die Frau schaltet weise im häuslichen Kreise; sie lehrt die Mädchen und wehret die Knaben usw. In diesen wenigen Worten steckt ein recht tiefer Sinn, wenn sie auch in unserer Zeit nur auf eine kleine Anzahl von Arbeiterfrauen zutreffen. Denn es ist so leider heutzutage so, daß der Verdienst des Mannes meist nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren und auch die Frau mit erworbener Arbeit im Geschäft, in der Fabrik, oder in der Landwirtschaft weise im häuslichen Kreise schalten und die Kinder betreuen. Doch immerhin, es kehrt sich wohl jede Frau früher oder später danach, am häuslichen Herde zu halten. Damit sie dies weise zu tun vermag und als gute Erzieherin der kommenden Geschlechter tätig sein kann, sollte es keine Frau unterlassen, sich heiligt mit dieser schärfsten und edelsten Frauenaufgabe vertraut zu machen. Wenn wir die privatkapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umwandeln wollen, in der alle Menschen Lebensmöglichkeiten haben und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende hat, dann sind wir viel mehr auf die erzieherische Mithilfe des weiblichen Geschlechts angewiesen, als heute erkannt wird.

Wenig ist das weibliche Geschlecht, soweit es heute erwerbstätig sein muß, vielen Einwirkungen ausgesetzt, die es verwildern und vielen den häuslichen Sinn rauben können. Das bringt eben die Arbeit und das Milieu, in dem sie tagtäglich stehen, mit sich, und wenn dann noch die schlechten Beispiele und Veranlassung mitleidigen, unentgeltlichen Frauenzweines, die nicht gerade geeignet erscheinen, kommende bessere Menschen zu bilden.

Es liegt ja sehr nahe, daran zu erinnern, wie man in unserer Zeit vielach über die Mutterchaft denkt. Viele junge Ehepaare hüten sich ängstlich, Kinder in die Welt zu

in Häuten und Fellen eintreten. Es wird allgemein angenommen, daß die Wirtschaftslage in der Lederindustrie der zentral-europäischen Länder überaus schwierig ist, und daß eine generelle Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen eine gewisse Hebergangzeit wünschenswert macht.

Für diese Zeit gesteht man sich als Abbaumaßnahme eine gegenseitige liberale Handhabung der Ausfuhrerlässe aller Häute- und Fellarten zwischen den Ländern, die noch Beschränkungen haben, zu, wobei selbstverständlich alle Länder, in denen Freizügigkeit besteht, das gleiche Recht zur gegenseitigen liberalen Handhabung genießen.

Es wird auch anerkannt, daß die vollständige Freigabe der Häute- und Fellausfuhr in Zusammenhang steht mit den Zollmaßnahmen für Leder- und Lederwaren, soweit sie prohibitiv sind. (Prohibitivzölle sind solche, die durch ihre Höhe die Einfuhr von Waren verhindern sollen, welche die Eigenproduktion gefährden könnten.)

Die beteiligten Vertreter der oben angeführten Länder wollen sich in diesem Sinne bei ihren Regierungen einlassen.

Durch diese Beschlüsse wird zum Ausdruck gebracht, daß die Vertreter der Lederindustrie die Fülle und Ausdehnung für die Gelandung der Industrie als ein Hindernis betrachten, das beseitigt werden muß. Ob die Regierungen freilich in der Lage sind, diese Wünsche möglichst zu erfüllen, muß erst noch abgewartet werden.

Eine Statistik der deutschen Konzerne.

An anderer Stelle besprechen wir die Richtlinien zur Kartell- und Monopolfrage, die von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in gemeinsamer Arbeit verfaßt worden sind. Es trifft sich günstig, daß fast gleichzeitig eine wertvolle Zusammenstellung*) der Regierung erscheint, die geradezu eine Begründung der Gewerkschaftsforderungen anzeigt. Allerdings erstreckt sich diese Darstellung der Regierung leider nicht auf die wichtigste Zusammenfassungsbewegung, die Kartelle. Sie beschränkt sich vielmehr auf die Darstellung der kapitalistischen Bindung rechtlich unabhängiger Unternehmen, schließt also außer den zur Kartellbildung erhobenen Kartellen auch die durch Fusionen usw. entstandenen Einheitsunternehmen aus. Somit verfehlt die Darstellung nur einen Einblick in die Kapitalverflechtung der deutschen Unternehmen. Dieser Einblick

ist jedoch eindrucksvoll genug. Gewaltige Teile des Aktienkapitals werden von Konzernen beherrscht, und zwar mehr als 90 Proz. im Bergbau, in der mit Bergbau verbundenen Industrie, in der Farbenindustrie; mehr als 75 Proz. in der mit Eisen- und Metallgewinnung verbundenen Industrie, in der chemischen Industrie insgesamt, bei Wasser-, Gas-, Elektrizitätsgewinnung, Finanzierungs-gesellschaften, Versicherungswesen und Schiffahrt; mehr als 50 Proz. beim Handel insgesamt, Banken, Verkehrsweisen, Theater- und Sportgewerbe (darunter Filmindustrie).

Diese Zusammenballung ungeheurer Wirtschaftswerte in wenigen Händen bedeutet eine Gefahr, solange die Geltung dieser Konzerne nur nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausübt wird. Deshalb fordern die Gewerkschaften aller Richtungen die Einschränkung der Arbeitnehmerkraft in die Leitung dieser Gebilde und eine dauernde öffentliche Kontrolle der Art, wie es in ihren Richtlinien zum Ausdruck kommt.

Zur Anwendung des § 6 der Arbeitszeitverordnung vom 21. 12. 23. bei Heeresaufträgen.

Am Laufe des Jahres 1926 sind vom Reichswehrministerium eine Reihe Aufträge auch für Vederanstaltungsgegenstände herausgegeben worden. Die Hoffnung, daß diese Aufträge betragen würden, die Arbeitslosigkeit im Sattlergewerbe wesentlich einzuschränken ist nur in beschränktem Maße in Erfüllung gegangen. Bei der Herstellung der genannten Aufträge ist in einem Teil der Betriebe die Arbeitszeit verlängert worden mit der Begründung, die Werkstätten der Militärbehörden wären so kurz gestellt, daß Ueberstunden gemacht werden müßten.

Ein typisches Beispiel maßvoller Ueberforderung der Arbeitszeit bietet die Firma Bierenbreier in Regh a. Rh. Seit Monaten werden dort Ueberstunden „angeordnet“, ohne den Betriebsrat zu informieren. Eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse lehnt die Firma strikt ab. Infolge langer Arbeitslosigkeit und großer Notlage lassen sich leider eine Anzahl Kollegen bewegen, das Militär der Firma widerspruchslos anzunehmen. Zugleich sind etwa 60-65 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die Arbeitsräume, Maschinen usw. würden für die doppelte Anzahl genügen. Trotzdem auf den badiischen Arbeitsnachweifen eine große Anzahl erwerbsloser Sattler gemeldet ist,

werden diese bei der Einstellung von Arbeitskräften nicht in Anspruch genommen. Eine Anzeige im „Schwarzwälder Boten“ bringt in der Regel aus dem kleinen Drien des badiischen Württemberg Schwarzwalbes genügend Angebote von anpruchsvollen Arbeitskräften.

Daß durch die badiischen Arbeitsämter genügend Sattler zu beschaffen wären, beweist die Tatsache, daß an vielen Orten genügend Erwerbslose gemeldet sind; so sind z. B. in Karlsruhe 65 arbeitslose Sattler eingeschrieben, darunter eine größere Anzahl früherer Militärkrieger, die zum Teil bereits der Kriegsverlunge überwiegen sind. Mannheim zählt 75, Heidelberg 21, Rastatt 25 arbeitslose Sattler.

Ein Einspruch der Gewerkschaft bei dem badiischen Gewerbeaufsichtsamte, Reg. 111 blieb leider erfolglos, im Gegenteil, der Firma Bierenbreier wurde eine verlängerte Arbeitszeit auf Grund des § 6 der Arbeitszeitverordnung genehmigt, trotzdem die oben geschilderten Verhältnisse dem Amt bekannt waren. Wir müssen gegen diese Entscheidung entschiedene Stellung nehmen, da die Voraussetzungen des angezogenen § 6 nicht gegeben sind und das Gewerbeaufsichtsamte, die zwingende Bestimmung dieses Paragraphen, „die gesetzliche Betriebsverteilung anzuhängen“, unbeachtet ließ. Wir können unter keinen Umständen anerkennen, daß allgemeine wirtschaftliche Gründe für eine Verlängerung der Arbeitszeit in diesem Falle vorliegen. Für die deutsche Volkswirtschaft ist es durchaus ohne Bedeutung, ob die Heeresaufträge einige Wochen früher oder später geliefert werden. Im Interesse der Volkswirtschaft würde es vielmehr liegen, wenn die Firma angehalten würde, die vorhandenen Werkstätten und Arbeitsräume voll auszunutzen. Durch Arbeiterentstellung das Arbeitslosenheer möglichst einzuschränken, oder die Arbeit auf eine längere Zeitspanne zu verteilen.

Die Verhältnisse liegen heute so: eine große Anzahl erwerbsloser Sattler warten seit Wochen und Monaten auf Lohn und Brot, trotzdem führt die Firma Bierenbreier die verlängerte Arbeitszeit schon seit Monaten durch. Von der Besetzung werden wöchentlich 720 und vielleicht noch mehr Ueberstunden geleistet. Das badiische Gewerbeaufsichtsamte sanktioniert diesen Zustand aber noch durch die Erteilung der Genehmigung zur Ueberleistung. Das Wehrministerium wird seine Aufträge bis zum Schluß des Monats März geliefert erhalten, die Zahl der Erwerbslosen wird wieder ansteigen, sobald die Aufträge durch die überlange Arbeitszeit erledigt sind. Obgen bezügliche Zustände, die jeder Vernunft Hobn sprechen, muß im Interesse der Kollegenschaft, Stellung genommen werden. In einer Eingabe an das Reichswehrministerium

Die menschlichen Geschlechter sterben; sie sind Floden, ausgeleht in den Sturm; spurlos, wie Schatten über eine Waad, ziehn ihre Scharen über diese Erde.
G. D. Grabbe.

*) Konzerne, Interessengemeinschaft und ähnliche Zusammenfassungen im Deutschen Reich Ende 1926. Reichstagsprotokolle Nr. 2815 (III. Wahlperiode 1924-27). Zu beziehen durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

wurden diese unbehaltbaren Zustände geschildert und dringend um Abheilung ersucht. Den Kollegen aller Orten aber zur Mahnung: Mit derartigen Zuständen kann nur eine gute Organisation aufkommen. Stärkung und weiterer Ausbau des Verbandes ist dringende Pflicht aller Kollegen, dann werden wir auch mit rückhaltigen Arbeitgebern und mit den unverständlichen Maßnahmen der Gewerbeaufsichtsbehörden aufräumen können. Gau Frankfurt/M.

Gewerkschaften und Privatindustrie.

Der siebente Kongress der russischen Gewerkschaften hat sich auch mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den Privat- und Konzeptionsbetrieben befaßt. Nachdem in Russland durch die neue Wirtschaftspolitik das Privatkapital wieder zugelassen war, hatten die Gewerkschaften in diesen Betrieben zunächst einen starken Einfluß. Neuerdings stellen sich jedoch der Tätigkeit der Gewerkschaften in den Privat- und Konzeptionsbetrieben Schwierigkeiten entgegen. Häufig sind in diesen Betrieben die Arbeitsbedingungen besser und die Löhne höher, da die Privatunternehmer dem Druck der Arbeitsaufsicht und der behördlichen Verfolgung mehr ausweichen als die Staatsbetriebe. Außerdem legen die Privatbetriebe Wert darauf, durch hohe Löhne und gute Bedingungen die Arbeiter zu halten. In anderen Fällen wählen die Privatbetriebe ihre Arbeiter mit Vorliebe aus der ländlichen Bevölkerung, die weder die soziale Gesetzgebung noch die Rolle der Gewerkschaften genügend kennt. Wenn es dann den Gewerkschaften gelunghen ist, auf diese Arbeiter einen gewissen Einfluß zu gewinnen, schließen die Unternehmer ihre Betriebe wieder auf. Ferner befehlen die Privatbetriebe, wenn die Gewerkschaften, insbesondere bei den ländlichen Bevölkerung und bei den Heimarbeitern, durch Einschüchterungen, insbesondere durch die Drohung mit der Entlassung, die angeführte der herrschenden Arbeitslosigkeit ihre Wirkung nicht verliert. In den großen Industriezentren verfolgen die Arbeitgeber eine andere Taktik, indem sie durch freiwillige Gewährung von Vorteilen und großzügige Fortschrittszahlungen den Arbeiter wirtschaftlich von sich abhängig machen und sich als „Wohltäter“ der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften in Gegensatz stellen. Es kommt häufig vor, daß die in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter länger Ferien haben, als im Arbeitsgesetzbuch vorgelesen ist. Außerdem werden ihnen die finanziellen Vorteile bezahlt, die von den Staatsbetrieben nicht eingehalten werden. Bei den Konzeptionsbetrieben sind die Arbeitsbedingungen verhältnismäßig gut, weil die Gewerkschaften diese Betriebe sehr scharf überwachen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage dieser Betriebe. Dies Verhalten hat dazu geführt, daß der Zentralrat der Gewerkschaften sich gezwungen sah, gegen dieses scharfe Eingreifen der Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Zwar werden die Kapitalisten als die Feinde der Arbeiterschaft betrachtet, aber in einem Rundschreiben des Zentralrats wird betont: „Die Gewerkschaften dürfen nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse und der Sozialist ein Interesse daran haben, fremdes Kapital ins Land zu ziehen, außerdem nur bis zu einem gewissen Umfang und unter der Kontrolle des Staates.“ Die Gewerkschaften sollen energisch gegen alle Versuche der Privat- und Konzeptionsbetriebe kämpfen, die den Zweck haben, die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen zu schwächen.

Nach Angabe des Berichterstatters sind in den wichtigeren Privat- und Konzeptionsbetrieben etwa 200 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert oder ungefähr 88 Prozent des Personals dieser Betriebe.

Verschiedene Delegierte haben sich darüber beklagt, daß die Gewerkschaften den Arbeitern in den Privat- und Konzeptionsbetrieben nicht genügend Raum für ihre Tätigkeit lassen. Die Privatunternehmer üben gerade in letzter Zeit unter dem Druck der Arbeitslosigkeit einen immer größeren Druck auf die Arbeiter aus, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die in Privatbetrieben beschäftigten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fordern gesetzliche Bestimmungen, nach denen die Arbeitgeber verpflichtet sind, Einstellungen nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises vorzunehmen und eine wirksamere Vertretung ihrer Interessen durch die Berufsorganisation.

Korrespondenzen.

Bremen. Generalversammlung vom 10. Februar. Roll, Haupt gab einen Rückblick. Das Jahr 1926 brachte nichts Gutes; für die Arbeiterschaft dauernde Arbeitslosigkeit, während der Kapitalismus im Bett schlamm. Wir hatten am Ort eine nie gekannte hohe Arbeitslosigkeit, 80 Proz. des Mitgliederbestandes, die restlos ausgekostert waren, so daß wir sehr hart in unsere Kasse greifen mußten. Wir zählten 3922 Mt. Erwerbslosenunterstützung aus. Daran können die Kollegen sehen, daß von Seiten des Verbandes alles getan wird, um die Not zu lindern. Und doch lernen so manche den Wert der Organisation nicht richtig schätzen, sonst würden wir keinen Rückgang im Mitgliederbestand zu verzeichnen haben. Wir hatten:

am 1. 1. 26	Männliche	Weibliche	Lehrlinge	Insgesamt
307	61	35	404	
„ 1. 1. 27	260	32	330	
	- 47	- 29	- 32	- 44

Infolge der Krise war es uns nicht möglich, einen Tarifvorstoß zu machen, vorzubeugen wurde sogar versucht, die Leistungsulage abzubauen. Wo die Kollegen aufpassen, gelingt es nicht, doch gibt es auch Kollegen, welche nicht mal den Tarif hochhalten und sogar Überstunden ohne Prozente machen. Die Annuhne verliert sich ein solches Kämetschen umzuhängen. Sie ist an die Gewerksammer mit dem Vorstoß einer Umschulung heranzutreten, da doch das Sattlerhandwerk dankbarer ist. Wäre es nicht glauben die Herren, dadurch willfährige Kräfte zu erhalten. Die Sattler stellen auf diese Umschulung. Es

landen statt 22 Mitgliederveranstaltungen, 26 Vorstandssitzungen, 8 Lehrlingsveranstaltungen. Der Verfallungsbericht war kein guter, im Durchschnitt waren 30 Kollegen anwesend. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Haupt, 2. Vorsitzender Rüma, Kassierer Zimmermann und Kunz, Schriftführer Semmer und Krüger, Beisitzer Pawell, Kofahr, Grobe. Zimmermann gab den Beschluß des Ortsratstells bekannt, wonach ab 1. März 1927 der Beitrag um 10 Pf. erhöht wird. Diese Erhöhung ist bedingt durch den Bau eines Gewerkschaftshauses. Die Erhöhung wurde einstimmig beigestimmt. Darauf wurde der Gehilfenausschuß neugewählt.

Stuttgart. Generalversammlung vom 7. Februar 1927. Kollege König erstattete den Gehilfs- und Kassenbericht. Das Jahr 1926 war wenig befriedigend. Die Krise wirkte sich in erschreckendem Maße aus, ein Viertel unserer Mitglieder war im Jahresdurchschnitt arbeitslos, nahezu ein Drittel war von Kurzarbeit betroffen. Am stärksten betroffen war die Lederwarenbranche, während die wenigen Betriebe der Textilindustrie verblieben. Ingesamt wurden an Arbeitslosen- und Hilfsunterstützungen aus Haupt- und Vorkasse rund 33 000 Mt. während der Krise bezahlt. Nur langsam geht es wieder aufwärts. Wir haben keine Veranlassung, die optimistische Auffassung der Industrie uns zu eigen zu machen. Die durch Rationalisierung gesteigerte Rentabilität der Betriebe muß unter allen Umständen anteilmäßig auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Die früheren Exportländer haben während und nach dem Kriege eigene Industrien geschaffen. Europa ist als Weltmarkt der Welt erbebt. Steigung der inneren Kaufkraft ist deshalb das Gebot der Stunde. Begehnen für unsere Wirtschaft und die augenblicklichen Krisenerfahrungen ist nach Schöpfung von Kennern des Wirtschaftens die Zahl der im Produktionsapparat Tätigen, die rund 4 Millionen höher ist als vor dem Kriege. Der Schrei nach Lohnabbau ist hinlänglich, so lange Firmen in der Lage sind, für drei Direktoren sowie Gehälter auszuwerfen, wie für 60 Angestellte. Innerhalb unserer Industrien sind die Rationalisierungsbestrebungen noch in vollem Gange und treten am stärksten in der Lederwaren- und Autobranche in Erscheinung, auch in der Lederimitationsbranche sind Anlässe hierzu vorhanden.

In der Lederwarenbranche verlustet die Arbeitgeber beim Tarifabschluss in diesem Frühjahr wesentliche Verschlechterungen durchzusetzen, was ihnen jedoch nicht gelang. Nach langwierigen Verhandlungen erklärte das Reichsarbeitsministerium den vom Tarifamt ausgearbeiteten Entwurf für verbindlich. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung verjüngen die Arbeitgeber zu hinterziehen. Mehr Erfolg hatten sie mit ihren Abtarifabschlüssen zu verzeichnen.

Die Tapeziererbranche, die dem Holzarbeiterarif unterstellt ist, bekam einen 8-prozentigen Tariflohnabbau diktiert. Bei der im Herbst für kurze Zeit einsetzenden Konjunktur wurden die Überstunden derweilert. Einen Abbau bei der Firma Brauer und Birch verzeigte die Betriebsrat durch einen vierwöchigen Streik.

Auch die Autobranche sah schwere Erschütterungen zu verzeichnen. Daimler zählte 100 Mann. Der Schlichtungsausschuß sollte für die Stuttgarter Betriebe einen Schiedsspruch, der eine 8-prozentige Lohnreduzierung vorschlag. Die Kollegen beantworteten diesen Spruch mit Arbeitsniederlegung. Nach 15wöchiger Dauer mußte der Ausschreit aufgehoben werden, da die Branche so gut wie keine Aufträge auszuführen hatte.

Wegen Lehrlingsmangel wurden Schritte beim Arbeitsministerium und der Handwerkskammer unternommen, worauf Untersuchungen eingeleitet und in besonders trassen Fällen auch Abhilfe geschaffen wurde. Für die Handwerksbetriebe der Tapezierer wurde dabei gleichzeitig die Festlegung der Höchstzahl der auszubildenden Lehrlinge erreicht.

Vor dem Gewerbegericht wurde eine große Anzahl von Streitfällen, vorwiegend Entlassungen durchgeschickten, wobei an Entschädigungen rund 3000 Mt. für klagende Mitglieder erzielt wurden. An den vom Ortsausschuß des DGB. veranstalteten Kursen über Sozialgesetzgebung waren die Betriebsräte und Funktionäre unseres Verbandes prozentual am stärksten beteiligt. Der Verfallungsbesuch dagegen läßt zu wünschen übrig. Der Verfallungsbeitrag ist außerdem noch zu entnehmen: Es fanden statt 7 Mitglieder-, 5 Branchens-, 5 Erwerbslosen-, 12 Lehrlings- und 62 Betriebsveranstaltungen, insgesamt 91 Veranstaltungen; ferner 8 Funktionärsitzungen, 22 Sitzungen der Ortsverwaltung, sowie 31 sonstige Sitzungen, zusammen 71 Sitzungen. Dem ab 1. November freitags halber aus dem Amt geschiedenen Kassierer, Kollegen Jig. ist für seine aufopferungsvolle Tätigkeit bezahlter Dank abzugeben. Die Berichte wurden beifällig und in zustimmendem Sinne angenommen. Der Mitgliederbestand ist um rund 400 zurückgegangen und beträgt am Jahresabschluss 1287, wovon 1031 männliche und 256 weibliche sind. Schlichte Funktionäre wurden per Affirmation wieder, bzw. neuwählt. Die engere Ortsverwaltung besteht aus den Kollegen König, 1. Vorsitzender und Kassierer, Schorler, 2. Vorsitzender, Schindler, Schriftführer, Schäfer und Schlegel, Beisitzer. Lehrlingsleitung: Ehret, Hill und Kübel. Revisoren: Schinger, Krauch und Jäger.

Bücherchau.

Kulturwille Nr. 2/III. Sonderheft. „Arbeitskraft und Rumbau“. Einzelnummer 25 Pf. Jahresabonnement 2,40 Mt. Probennummer frei. Verlag: Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braustraße 17.

Sartorius, „Werbekreis der Rakenbewegungen“. Preis gebunden 2,50 Mt., in Leinen 3 Mt. Industrie-beantrieb-Verlag G. m. b. H., Berlin NW. 40.

Die Werbekreis des Handels und der Industrie hat längst ihre Aletuar. Die Werbung im Dienste sozialer, kultureller, sportlicher und gemeinwirtschaftlicher Bestrebungen entbehrt bisher jeder Zusammenfassung oder ge-

machten Erfahrungen, jeder Anleitung für den Begleitenden aber nicht Routinieren. Hier spricht ein Sachmann, dem Schatz der Erfahrungen eines Reklamedienstlers, Erfahrungen sowohl auf den Gebieten der Reklamedienstleistungen als dem der Emanzipationsbewegung der Weisen. In dem Kapitel über die Druckverfahren ist dem Verfasser gelungen, auf sehr Seiten eine Darstellung förmlicher Druckverfahren zu geben, die genügt, um den Laien sofort zu orientieren, daß er die Vorzüge des Fachmannes verstehen kann, wenn er einen Druckauftrag erteilt. Der Text ist trotz starker Konzentration übersichtlich geordnet. Beispiele gut gewählt und durch eine Fülle von Abbildungen belebt, das Ganze flott geschrieben und noch bei der trockensten Materie interessant.

Das Buch fällt tatsächlich eine Lücke und sollte von jedem gekauft werden, der sich für die Probleme interessiert, die unsere Zeit bewegen.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 21. bis 27. Februar ist der 8. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes!

Wir erlauben alle Ortsverwaltungen, die Mitgliedsbeiträge für den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Februar die spätestens zum 5. März d. J. einzusenden. Die Erhebung muß bis spätestens zum 10. März zusammen gestellt sein. Daraus gehen uns auch jetzt noch Berichtarten für den Monat Januar ein, obwohl die Ortsverwaltungen darüber informiert sind, daß sie mit ihrer Einreichung viel zu spät kommen. Wir bitten dieses zu beachten! Sichtung ist Sonnabend, den 26. Februar.

Achtung! Gebundene Verbandszeitungen. Jahrgang 1926, zum Preise von 2 Mt. sind noch vorhanden. Bestellungen eröffnen wir umgehend bei Berlin SO. 16, Brüdenstr. 10/11, zu richten. Keine Ortsverwaltung sollte es verüßmen, ein Archiv anzulegen, in dem auch ein gebundenes Exemplar des Verbandsorgans nicht fehlen darf.

Braunschweig. Auch wir wünschen dem Kollegen B. Frisch zu seinem 70-jährigen Geburtstag noch lange Gesundheit und Glück. Frisch hat zuerst in Braunschweig für unsere Sache gekämpft, deshalb wurde er, als das Sozialistengesetz kam, ausgewiesen. Er ist unserer Sache treu geblieben trotz allem. **Worauf?**

Auf Antrag der Ortsverwaltung Meberfelde wurde das Mitglied Frisch Meiborn, B. Nr. 6052, wegen Verstoß gegen die Statuten des Verbandes auf Grund § 2 Absatz 2 aus dem Verbands ausgeschlossen.

Stuttgart. Mitglieder, die 25 Jahre ununterbrochen dem Verband angehören: Wurster Hermann, Weidert Georg, Kneer Adolf, Kiefer Gregor, Weidert Karl, Schill Wilhelm, Schindler Ernst, Haindl Karl, Spiegel Georg, Bader Adolf, Jäger Paul.

Den Fragebogen betreffs Betriebsräte-Erhebung haben noch nicht eingelebt die Orte:

- Altenhof, Baugen, Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Geraberg, Gppingen, Gumerbach, Hannoversch-Hilbesheim, Karlsruhe, Mannheim, München, Offenbach, Reutlingen, Seltitz, Stolpe und Wierfen.

Wir erlauben umgehend um Zufendung nach erfolgter Ausfüllung. Der Hauptvorstand.

Verfallungsstatender.

Berlin. Achtung Kollegen! Beachtet die nachstehenden Termine der nächsten Branchenvorfallungen:

Reifeartikelbranche: Dienstag, den 1. März, abends 7 Uhr, Dresdener Str. 96.

Handwerks- & Geschirrtatler: Dienstag, den 1. März, abends 6 Uhr, bei Ohngemach, Kommandantenstraße 88.

Auto-Sattler: Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Treibriemen- & Sattler: Donnerstag, den 3. März, abends 7 Uhr, Vereinshaus „Süd-Ost“, Wollhaufener Gasse, Reichardtstraße.

Wasserbleich- und Segelmacher: Donnerstag, den 14. März, nachm. 4 Uhr, bei Stommel, Neue Friedrichstraße 1.

Kleber: Montag, den 14. März, abends 7 Uhr, bei Stommel, Neue Friedrichstraße 1.

Gefäßrom. Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, Restaurant zur Klause Verfallung.

Sterbetael.

Dresden. Im Alter von 55 Jahren starb der Kollege Josef Ritzschel, Kofferattler.

Hamburg. Am 15. Februar starb der Betriebsratler Wilhelm Honkel im Alter von 59 Jahren.

Altenberg. Am 27. Februar verstarb Kollege Willy Teubler, Sattler, nach jahrelangem Leiden im Alter von 31 Jahren. Ehre ihrem Andenken!